

Es gilt das gesprochene Wort!

Bischof Dr. Franz-Josef, Essen

**Ansprache zum Jahresempfang der Industrie- und Handelskammer Mittleres
Ruhrgebiet am 27. Januar 2012 in der Stadtpark-Gastronomie Bochum**

Sehr geehrter Herr Präsident Fiege,
sehr geehrter Herr Hauptgeschäftsführer Diegel,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Scholz,
verehrte Damen und Herren,

herzlich bedanke ich mich für die freundliche Begrüßung!

I.

Meine Damen und Herren,
wir leben in wirtschaftlich wie politisch, aber auch gesellschaftlich und religiös turbulenten Zeiten. Es sind Zeiten mit gesteigerter Veränderungsdynamik. Es sind vielfach Übergangszeiten, in denen Gewohntes und Geschätztes – das, was Sicherheit zu geben scheint – durch innere und äußere Prozesse in Frage gestellt und vielfach sogar bestritten wird. Solche Übergangszeiten werden – medial vielfach verstärkt – häufig als Krise wahrgenommen.¹ Der Soziologe Gerhard Schulze stellt dazu in seinem aktuellen Buch lapidar fest: „Krisen sind Konstruktionen ihrer Betrachter.“² Ich finde, um an diese einfache Feststellung anzuschließen, wir müssen uns in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung und in der medialen Kommunikation stärker darüber bewusst werden,

¹ Schulze, Gerhard 2011: Krisen. Das Alarmdilemma, Frankfurt/M., 21.

² Koselleck, Reinhart (1982/2004): Art. Krise, in: Ders./Brunner, Otto/Conze, Werner (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3, Stuttgart, 617-650, 617: In der griechischen Antike hatte der Begriff eine klar abgegrenzte Bedeutung im juristischen, theologischen und medizinischen Bereich und forderte harte Alternativen heraus: Recht oder Unrecht, Heil oder Verdammnis, Leben oder Tod. Seit dem 17. Jh. erfolgte eine metaphorische Ausweitung auf die Politik, die Psychologie, die Ökonomie und schließlich auch die Geschichte. „Aufgrund seiner metaphorischen Vieldeutigkeit und Dehnbarkeit beginnt der Begriff zu schillern. Er dringt in die Alltagssprache ein und wird zum Schlagwort. (...) Auf die Geschichte angewandt, ist ‚Krise‘ seit etwa 1780 Ausdruck einer neuen Zeiterfahrung, Faktor und Indikator eines epochalen Umbruchs (...). ‚Krise‘ kann sowohl ‚chronisch‘ begriffen, Dauer indizieren wie einen kürzer- oder längerfristigen Übergang zum Besseren oder Schlechteren oder zum ganz anderen hin; ‚Krisis‘ kann ihre Wiederkehr anmelden wie in der Ökonomie oder zu einem existenziellen Deutungsmuster werden wie in der Psychologie oder Theologie.“

was wir eigentlich wollen. Denn wenn Krisen Konstruktionen ihrer Beobachter sind, sind wir als Zeitgenossen aktueller Prozesse nicht darauf festgelegt, wie das Kaninchen vor der Schlange zu erstarren. Wir können eben auch das in der Krise liegende Gestaltungspotenzial thematisieren und auf diese Weise Zukunft neu in den Blick bekommen. Denn, die eigentliche Herausforderung ist nicht die diagnostizierte Krise. Die eigentliche Herausforderung ist, wie man sich ihr gegenüber stellt.

Mein erster Punkt, den ich Ihnen heute, zu Beginn des neues Jahres mit auf den Weg geben möchte, ist, dass ich Ihnen und mir gleichermaßen angesichts aller aktueller Ernsthaftigkeiten Mut zusprechen und Zuversicht vermitteln möchte.

So wie die Finanz- und Wirtschaftskrise durch umsichtiges Handeln der Tarifpartner und der Politik in Deutschland in den Griff zu bekommen war, so werden aus der Staatsschulden- und Eurokrise neue Potenziale für die europäische Integration erwachsen. Davon werden wir alle politisch wie wirtschaftlich langfristig profitieren. Das geht aber nur bei mutigem, weitsichtigen und entschlossenen Auftreten aller Akteure.

Zugleich rufe ich aber auch auf, nicht in der Haltung eines Krisenbeobachters zu bleiben, sondern sich vielmehr selbst zuversichtlich zu aktivieren. Der gesellschaftliche Individualisierungsprozess hat uns mehr zu Beobachtern der Bedingungen unseres Lebens gemacht, als zu seinen Gestaltern. Wie nutzen wir unsere Freiheiten? Wer bestimmt die politische Kommunikation, wenn nur noch skandalorientiert im Blick auf Auflagenhöhe und Einschaltquote berichtet wird? Wer trifft die Entscheidungen angesichts einer erodierenden Parteiendemokratie und einer bonusfixierten und zugleich heimatlosen Managementklasse? Wie sollen zukünftig langfristige Infrastrukturmaßnahmen in Angriff genommen werden, wenn die Protestlogik die rechtlich verbindliche Verfahrenslogik außer Kraft setzt? Angesichts dieser Fragen wünsche ich, dass mehr in politische Kommunikation wahrhafter Informationen und grundlegender Bewertungen investiert würde. Denn es ist nicht aus den Augen zu verlieren, dass das nur gemeinsam zu erringende politische Gemeinwohl die Voraussetzung individueller Prosperität und des Lebensglücks jedes einzelnen ist.

Und was heißt das – frage ich als Ruhrbischof – für die so viel beschriebene Kirchenkrise? In der Tat verändert sich die Gesellschaft und mit ihr die Kirche und dies in besonders dramatischer Form im Ruhrgebiet. Es kommen weniger in die Gottesdienste, mit weniger Mitteln müssen wir genauer haushalten und uns von so manchem (angeblich) in Stein

Gehauenem trennen. Aber wir dürfen uns nicht davon entmutigen lassen. Wir haben heute die Chance, uns neu vom Evangelium her auf unseren Auftrag als Kirche in der Welt von heute zu besinnen anstatt einfach Bisheriges bloß reflexhaft fortzuschreiben. In den wirtschaftlichen Jargon gewendet, kann es dabei nicht um eine verengende Konzentration auf ein sogenanntes Kerngeschäft gehen. Das wäre viel zu unterkomplex. Zur Debatte steht vielmehr, wie wir uns heute anschlussfähig aufstellen. Denn trotz all dem, was mit dem Säkularisierungsprozess einhergeht, bleiben wir ja eine wichtige und gefragte gesellschaftliche Institution. Dies zeigt nicht zuletzt meine Einladung zu ihrem Empfang, wofür ich mich herzlich bedanke. Für das neue Jahr wünsche ich uns also zunächst einmal Mut zur Kommunikation und Entschlossenheit im Einsatz für das gesellschaftliche und kirchliche Gemeinwohl.

II.

Mit meiner zweiten Perspektive möchte ich das ins Spiel bringen, wofür ich als Ruhrbischof im Besonderen stehe, nämlich die (innovative) Kraft der Katholischen Soziallehre (auch für das Wirtschaftsleben). Manche von Ihnen werden sich noch an den beeindruckenden Besuch des seligen Papst Johannes Pauls II. in unserem Bistum im Jahr 1987 erinnern. Durch seine Pastoralreisen, seinen Einsatz für die Menschenrechte, durch die Weltjugendtage und sein öffentlich-würdiges Sterben, aber eben auch durch seine Sozialenzykliken hat er grundlegende Orientierungen hinterlassen, die an Aktualität nicht eingebüßt haben und die Menschen bis heute beeindrucken. So stärkt er in „Centesimus annus“³ im Kontext von Wende und Beendigung des Antagonismus von Kapitalismus und Sozialismus das uns gut vertraute Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei lässt er instrumentelle Funktionalität (Markt und Wettbewerb) und sinnhaften Zweck (Bedürfnisbefriedigung zum Wohl des Menschen) zugleich gelten. Sowohl auf nationaler Ebene als auch in internationalen Beziehungen gilt ihm nämlich der freie Markt als das wirksamste Instrument für den Einsatz der Ressourcen und für die Befriedigung der Bedürfnisse zu sein. Aber: „Noch vor jeder Logik des Austausches gleicher Güter und der für sie geltenden Gerechtigkeit gibt es etwas, das dem Menschen als Menschen zusteht, das heißt aufgrund seiner einmaligen Würde. Dieses ihm zustehende ‚Etwas‘ ist untrennbar verbunden mit der Möglichkeit, zu überleben und einen aktiven Beitrag zum Gemeinwohl der Menschheit zu leisten.“⁴ Der Mensch steht also im Mittelpunkt und es geht um die Gestaltung einer Gesellschaftsordnung, die freie Arbeit, unternehmerisches Handeln sowie gesellschaftliche Beteiligung zugleich ermöglicht. Die Katholische Soziallehre stelle sich – so Johannes Paul II. eindeutig – nicht gegen den

³ Johannes Paul II. am 1. Mai 1991.

⁴ Centesimus annus 34.

Markt, sie verlange nur, dass der Markt von den sozialen (gesellschaftlichen) Kräften und vom Staat so kontrolliert werde, dass durch ihn die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Gesellschaft gewährleistet werden kann.

Auf die Rolle der Kirche bezogen sagt er, dass sie über solche grundsätzlichen Orientierungen hinaus keine konkreten Handlungsanweisungen geben kann. Die Kirche habe nämlich keine eigenen Modelle vorzulegen. Dies sei nur Rahmen der jeweils verschiedenen historischen Situationen durch das politische Bemühen aller Verantwortlichen zu entwickeln. Die Kirche achte die berechnete Autonomie der demokratischen Ordnung. Es stehe ihr auch nicht zu, sich zugunsten der einen oder anderen institutionellen oder verfassungsmäßigen Lösung zu äußern. Und dann kommt etwas sehr Grundsätzliches, das sich auch auf andere Ebenen und in andere Kontexte übertragen lässt: „Der Beitrag, den sie zu dieser Ordnung anbietet, ist die Sicht von der Würde der Person, die sich im Geheimnis des Mensch gewordenen Wortes in ihrer ganzen Fülle offenbart.“⁵ In allen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Diskussionsbeiträgen ist die „Wahrung der Würde des Menschen“, die sich im Persönlichkeitsprinzip ausdrückt, die argumentative Grundfigur katholischer Soziallehre.⁶ Und dies gilt auch für die Unternehmensethik und die sozialetische Kommentierung von unternehmerischen Entscheidungen, sei es in der Standortfrage internationaler Automobilhersteller oder hinsichtlich bestimmter Verkaufsabsichten von einzelnen Sparten weltweit operierender Großkonzerne.

Natürlich müssen Unternehmen (auch große Unternehmen) Gewinne machen, ansonsten werden sie auf kurz oder lang aus dem Markt ausscheiden. Die gerade dargelegte Argumentationsfigur katholischer Soziallehre führt aber dazu, dass bei allem Respekt vor wirtschaftlicher Sachlogik dem personenorientierten „Stakeholder value“ einem bloßen „Shareholder value“, das nur Quartalszahlen kennt, sozialetisch Vorrang gegeben werden muss. In „Centesimus annus“ lautet dies so: „Das Unternehmen darf nicht ausschließlich als ‚Kapitalgesellschaft‘ angesehen werden; es ist zugleich eine ‚Gemeinschaft von Menschen‘, zu der als Partner in je verschiedener Weise und mit spezifischen Verantwortlichkeiten sowohl jene beitragen, die das für das Unternehmen nötige Kapital einbringen, als auch jene,

⁵ Ebd., 47.

⁶ Ebd., 42: „Entfremdet wird der Mensch, der es ablehnt, über sich selbst hinauszugehen und die Erfahrung der Selbsthingabe und der Bildung einer an seiner letzten Bestimmung orientierten echten menschlichen Gemeinschaft zu leben. Diese letzte Zielbestimmung des Menschen aber ist Gott selber. Entfremdet wird eine Gesellschaft, die in ihren sozialen Organisationsformen, in Produktion und Konsum, die Verwirklichung dieser Hingabe und die Bildung dieser zwischenmenschlichen Solidarität erschwert.“

die mit ihrer Arbeit daran beteiligt sind.“⁷ Und ich ergänze: die im Umfeld wohnen, bestimmte Dienstleistungen erbringen oder als Zulieferer beteiligt sind.⁸ Dies zunächst zum allgemeinen Ordnungsrahmen der Gesellschaft und den grundsätzlichen Unternehmensentscheidungen, deren Folgen eine Region wie das Ruhrgebiet nachhaltig beeinträchtigen, wenn es um Arbeitsplätze und damit um Lebenschancen vieler Menschen geht. Solche Entscheidungen müssen transparent, partizipativ und nachhaltig getroffen und kommuniziert werden, denn sie stellen die Rahmenbedingungen für die Lebensplanung vieler Menschen dar.

III.

Damit bin ich bei einer dritten Perspektive, und zwar dem individuell-personalen wirtschaftlichen Handeln selbst und der damit einhergehenden moralischen Dimension, die durch Fehlanreize der Rahmenordnungen nicht untergraben werden darf. Die eingangs genannte Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Nachwirkungen wir auch in der aktuellen Staatsschulden- und Eurokrise immer noch spüren, war ja unter anderem ausgelöst durch eine Verschleierung von Risiken durch Umetikettierung von Finanzpapieren. Darüber hinaus wurde sie befördert durch eine offenbar werdende Spekulationsmentalität, die in gewisser Weise auf eine dahinter liegende Kultur der Gier blicken ließ. Es hat sich gezeigt, dass die gesellschaftliche Differenzierungsdynamik, die das Finanzsystem von der Realwirtschaft ein Stück weit abgekoppelt hat, alle gesellschaftlichen Institutionen massiv unter Druck setzen konnte. Außerdem wurde deutlich, dass das ordnungsethische Prinzip der Haftung in manchen Teilen außer Kraft gesetzt ist.

Jede Rahmenordnung ist defizitär und muss getragen werden von kulturellen Voraussetzungen, von moralischen Wertordnungen und verantworteter Freiheit. Wie der Vorsitzende der Kommission für gesellschaftliche Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Marx, festgestellt hat, zeigen die beschriebenen Entwicklungen, dass auch die

⁷ Ebd., 43.

⁸ Papst Benedikt XVI. hat in seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ vom 29.06.2009 darüber hinaus den Gedanken einer nicht privatisiert-gewinnorientierten sondern gemeinwohlorientierten Unternehmensform entwickelt: „Wenn die Logik des Marktes und die Logik des Staates mit gegenseitigem Einverständnis auf dem Monopol ihrer jeweiligen Einflussbereiche beharren, gehen langfristig die Solidarität in den Beziehungen zwischen den Bürgern, die Anteilnahme und die Beteiligung sowie die unentgeltliche Tätigkeit verloren. Diese unterscheiden sich vom ‚Geben, um zu haben‘, das die Logik des Tausches ausmacht, und vom ‚Geben aus Pflicht‘, das für die öffentlichen Verhaltensweisen gilt, die durch staatliche Gesetze auferlegt werden. (...) Formen solidarischen Wirtschaftslebens hingegen, die ihren fruchtbarsten Boden im Bereich der Zivilgesellschaft finden, ohne sich auf diese zu beschränken, schaffen Solidarität.“, Ebd., 39.

Soziale Marktwirtschaft von Voraussetzungen lebt, die sie selbst nicht garantieren kann.⁹ Sie bleibe darauf angewiesen, dass sie von Wertvorstellungen, die im vor-politischen wie im vor-ökonomischen Feld ausgebildet werden müssen, immer wieder bestärkt und korrigiert werde. In diesem Sinne seien die aktuellen Krisen eben auch als Teil einer allgemeinen Orientierungskrise zu verstehen, der wir uns mutig und zuversichtlich stellen müssen. Es geht bei der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft also nicht nur um eine klügere Gestaltung des funktionalen Ordnungsrahmens der Ökonomie, sondern eben auch um eine breite Debatte über Werte und Tugenden, also um die eingangs geforderte gemeinwohlorientierte Kommunikationskultur. Hier können und müssen gesellschaftliche Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Verbände, aber auch die Kammern und Kirchen einen Beitrag leisten und so verstehe ich auch den heutigen Abend als entsprechende Anregung.

Vielleicht ist es in der aktuellen Diskussion über die Spekulationssteuer (tobin tax) hilfreich und begriffsschärfend, einen Blick zu den Klassikern zu riskieren. Bereits in seiner, ein Jahr vor der Weltwirtschaftskrise 1929 erschienen Dissertation über die Grundzüge der Börsenmoral nennt der Nestor der katholischen Soziallehre in Deutschland, der Jesuit Oswald von Nell-Breuning, Spekulantentum „freibeuterisch“. Zwar gebe es auch rein „händlerische Spekulation“ im engeren Sinne, die in einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft nützliche Funktion auszuüben imstande sei (heute würden wir dazu Risikomanagement sagen). Aber Spekulation, die keine volkswirtschaftliche Funktion erfülle oder gar in ihren Auswirkungen volkswirtschaftlich nachteilig wirke, sei unbedingt sittlich minderwertig: „Freibeuterisch in dem hier gemeinten Sinne sind alle ‚Handelsgeschäfte voll von Betrügereien, Machenschaften und Kniffen‘ (...). In zweifacher Weise kann dies der Fall sein. Einmal können Spekulationen mit Hilfe von in sich selbst betrügerischen oder sonst ungerechten Machenschaften und Hilfsmitteln ins Werk gesetzt werden. (... Andererseits:) Spiel ist in allen Fällen Freibeutertum, als bloßes Glücksspiel, als Kunstspiel je nach den angewandten Mitteln legales oder kriminelles.“¹⁰

In seinen „Grundsätzen zur Wirtschaftspolitik“ stellt Walter Eucken, als der andere Klassiker (der Wirtschaftstheorie) ganz einfach fest: „Wer den Nutzen hat, muß auch den Schaden

⁹ Auf dem Weg aus der Krise. Beobachtungen und Orientierungen. Stellungnahme einer von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz berufenen Arbeitsgruppe zur Finanz- und Wirtschaftskrise (Nr. 30, Bonn, 4.12.09).

¹⁰ Nell-Breuning SJ, Oswald von (1928/2002): Grundzüge der Börsenmoral, Freiburg/B.: Herder (Reprint Münster: Lit), 156.

tragen.“¹¹ Wenn die Gesamtordnung eine Wettbewerbsordnung sein soll, sei das Prinzip der Haftung zentral. Sie ermögliche die Auslese der Betriebe und leitenden Persönlichkeiten in den Betrieben. Sie bewirke, dass die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt. Eigentlich brauche ich dies keinem in diesem Raum zu sagen, so selbstverständlich ist für die allermeisten von uns, dass Investitionen umso sorgfältiger gemacht werden, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet: „Die Haftung wirkt insofern prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte vorsichtig abzutasten. Ferner ist die Haftung für die Wettbewerbsordnung deshalb wichtig, weil sie Angliederung anderer Unternehmen, die etwa aus Machtstreben erfolgt, behindert. (...) Möglichst universale Geltung der Haftung wirkt also gegen die Konzentration. – Die Haftung trägt dazu bei, die Wettbewerbsordnung zu konstituieren und systemfremde Marktformen nicht entstehen zu lassen. Und zugleich ist die Haftung notwendig, um den Wettbewerb der Leistung innerhalb der Wettbewerbsordnung funktionsfähig zu machen.“¹²

Das klassische Unternehmertum, das heute Abend hier größtenteils versammelt ist, in dem ich – wie Sie wissen – familiär groß geworden bin, hat mit Spekulation in der beschriebenen Funktion nichts zu tun und kann von Haftung ein persönliches Lied singen. Unsere Wirtschaft lebt vom Mittelstand, von den vielen, die für gute Ideen persönlich Risiko auf sich nehmen, effektive Produktionswege finden und passende Märkte suchen und dabei vielen anderen Arbeit und Brot geben. Es sind die Kreativen und Fleißigen, die nicht zuerst nach Subventionen rufen, sondern selbständig Verantwortung übernehmen. Es sind die, die ihre Standorte nicht beliebig verlagern, weil sie sich als Teil der Gesellschaft empfinden und sich unserer Kultur (der sozialen Marktwirtschaft) verpflichtet fühlen, weil sie den Wert der Infrastruktur, der Rechtsstaatlichkeit und unsere Bildungssysteme kennen, davon profitieren und es mit ihren Steuern erhalten und auszubauen helfen. Es sind die, die mit Beschäftigten nicht als abstrakte Zahlen kalkulieren, sondern sie als Menschen, meist in ihren Familienzusammenhängen und mit ihren Sorgen kennen und gerechte Löhne zahlen. Dieses Unternehmertum ist ein Garant unseres Gemeinwohls und im Ruhrgebiet könnten wir noch mehr davon gebrauchen.

IV.

Damit bin ich bei meinem vierten Punkt der Zwischenbetrachtung zu Beginn des neuen Jahres angekommen, nämlich dem Ruhrgebiet als Wirtschafts- und Lebensraum zugleich. Ich will

¹¹ Eucken, Walter (1952/⁴1968): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 279.

¹² Ebd., 280.

gar nicht vom Strukturwandel anfangen, der nun bereits in der zweiten Generation das Bild unserer Region prägt. Dass das Ruhrgebiet eine landschaftlich reizende und kulturell attraktive Region ist, ist dank des Kulturhauptstadtjahres, das ich im ersten Jahr als Ihr Bischof von Essen erleben durfte, deutschlandweit durchgedrungen. Dennoch bleibt das Phänomen der Abwanderung genauso bestehen wie die erstaunliche Erfahrung, dass viele Leistungs- und Entscheidungsträger gerne im Ruhrgebiet ihr Brot verdienen, aber nicht dort kaufen und essen und nicht dort wohnen wollen. Das wirkt sich meines Erachtens stark auf die Entwicklung unserer Städte aus. Ich finde, wir müssen in den verschiedenen Kommunen städteplanerisch reagieren und dürfen die Gebiete nördlich der A 40 nicht abschreiben. Das ist nicht nur ein Thema der Integrationspolitik.

Ich glaube, dass wir uns im Ruhrgebiet Kirchturmpolitik nicht mehr leisten können. Dies gilt kommunal, kirchlich aber auch wirtschaftspolitisch regionenübergreifend. Sie wissen, dass ich mich im Initiativkreis Ruhr engagiere, den mein Vorgänger, Kardinal Hengsbach, zusammen mit Alfred Herhausen und anderen gegründet hat. Ich meine aber, dass wir bei allem Lokalpatriotismus es uns nicht mehr leisten können, nur auf die Region des Ruhrgebietes bezogen zu denken. Die wirtschaftliche Globalisierung erfordert, großräumiger zu denken und handeln. Ohne das Rheinland als unsere Grenzregion mit einzubeziehen, werden wir unsere Probleme nicht lösen können.

Schließlich gehört zu einer Vision des Ruhrgebietes auch der Zusammenhang von Industrie und Energie. Als katholische Kirche haben wir die aktuellen politischen Entscheidungen bzgl. des Ausstiegs aus der Kernkraft sehr begrüßt und wir begleiten die des Ausstiegs aus der subventionierten Kohleförderung kritisch-konstruktiv. Eines steht unmissverständlich fest: Energie ist nicht nur der Motor der Weltwirtschaft, sondern auch ein wichtiger Indikator für den Entwicklungsstand aller Länder unserer Erde. Die Frage nach sicherer Energie bleibt die globale Schlüsselfrage für nachhaltiges Wachstum im 21. Jahrhundert. Bei uns im Ruhrgebiet bleiben wir auch zukünftig von energieintensiven Industriearbeitsplätzen abhängig.

Wenn vor diesem Hintergrund neu über die Energieversorgung politisch nachgedacht wird, sind aus meiner Sicht folgende Kriterien für die Diskussion maßgeblich: Sichere und wettbewerbsfähige Energie zu bezahlbaren Preisen bleibt elementare Voraussetzung für Produktion, Wachstum, Arbeitsplätze und damit für die langfristige Erhaltung unseres Wohlstandsniveaus in Deutschland. Die konventionellen Energieträger stellen nach wie vor

die Basis der Energieversorgung in Deutschland dar. Zugleich müssen Produktion und Transportinfrastruktur regenerativer Energien zügig ausgebaut werden. Nur ein breiter Energiemix sichert auf lange Sicht die Leistungsfähigkeit der Versorgung. Bei allen Planungen sind Transparenz und Besonnenheit aller Beteiligten gefordert. Politische Weichenstellungen müssen langfristig tragbar sein. Grundsätzlich taugen Energiefragen nicht zu kurzfristigen parteistrategischen Schachzügen.

Ich freue mich, dass wir am kommenden Montag diese Fragen beim 27. Ingenieurtag des Bistums Essen unter der Überschrift „Die Zukunft der Energieversorgung“ thematisieren und hoffe, dass wir mit dieser Debatte einen guten Beitrag für einen neuen Energiekonsens leisten und dass wir auf diese Weise eine adäquate regionale Antwort auf die Globalisierung formulieren können.

V.

Zum Schluss möchte ich noch kurz den Blick auf das Bistum selbst lenken und deutlich machen, wie wir in den kommenden Jahren der eingangs beschriebenen Kirchenkrise begegnen und neu Glaubwürdigkeit erringen wollen. Wir können nicht immer andere kritisieren, nicht genügend zu kommunizieren, ohne bei uns selbst zu beginnen. Morgen früh beginnen wir also den von mir in meinem Hirtenwort vom 19. Juni 2011 angekündigten Dialogprozess „Zukunft auf katholisch“.¹³ Mir ist wichtig, das Ziel vor Augen zu halten, denn es geht darum, konstruktiv Wege zu finden, wie wir in Zukunft lebendige Kirche unter völlig veränderten Bedingungen sein können. Aus der Fülle der dabei zu behandelnden Themen und Fragen ist eine Auswahl getroffen worden, die, wenn sie sich bewährt, hoffentlich in den kommenden Jahren auf neue Weise zu einer gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung für andere wichtige Themen, Seelsorgeaufgaben und geistliche Wege führen kann. Es geht mir bewusst darum, gemeinsam mit den Strukturfragen, die uns in den vergangenen Jahren sehr beschäftigt haben, die Frage der inhaltlichen Bestimmung unseres Kircheseins und des Lebens im Glauben zum Thema zu machen. Struktur und Inhalt gehören immer zusammen, so dass es das eine ohne das andere nicht gibt. Was wir an unseren Strukturen sehen, ist nicht nur Ergebnis schwieriger finanzieller und wirtschaftlicher Entwicklungen, sondern ebenso Ausdruck der einschneidenden Veränderungen in unserem kirchlichen und gesellschaftlichen Leben der vergangenen Jahrzehnte. Dazu gehören die vielen gesellschaftlichen Entwicklungen, die uns zu einer Kirche im Volk mit volkskirchlichen Elementen haben

¹³ Vgl. das Heft „Zukunft auf katholisch. Lebendige Kirche im Dialog“, hg. vom Dezernat Pastoral, Generalvikariat Bistum Essen, Essen 2012.

werden lassen. Wir werden eine viel kleinere Kirche sein, als wir es gewohnt sind und die allermeisten ahnen das längst. Das heißt aber nicht, dass wir uns aus der Gesellschaft zurückziehen werden. Im Gegenteil, wir suchen nach neuen Anschlüssen.

Der Dialogprozess „Zukunft auf katholisch“ wird sich bis Pfingsten 2013 auf drei verschiedenen Ebenen vollziehen. Während des Prozesses wird es sechs Dialogforen geben, an denen wir uns jeweils einen Tag lang mit ca. 300 Frauen und Männern aus unserem Bistum, davon ein Drittel Hauptberufliche und zwei Drittel Ehrenamtliche, mit Perspektiven und Fragen der Beheimatung in der Kirche, der Sorge um den Nächsten, der Feier und der Verkündigung des Glaubens auseinandersetzen. Dabei werden wir gemeinsam Optionen formulieren, die in den folgenden Jahren auf den verschiedenen Ebenen des Bistums umgesetzt werden. Über die Dialogforen hinaus werden wir in Kooperation mit der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ und der Katholisch-Theologischen Fakultät unserer Ruhruniversität Bochum öffentliche Veranstaltungen zu strittigen Themen und Perspektiven der kirchlichen Lehre und des Lehramtes auf den Weg bringen. Vor zwei Wochen fand bereits an der Ruhruniversität eine Tagung zu Dialogprozessen in der Kirche statt, bei der ich den Eröffnungsvortrag gehalten habe. Schließlich wird es für die Priester, Diakone, Pastoral- und GemeindereferentInnen und Ordensleute Räume des Dialogs geben und im kommenden Jahr ein gemeinsames Treffen aller pastoralen Berufsgruppen.

Mir ist bewusst, dass dies für unser Bistum kein leichter, aber ein spannender Weg ist, den ich gerne gehe. Am Ende dieser Festrede zum Jahresbeginn ist es mir wichtig, von allgemeinen Äußerungen über den Zustand unserer Gesellschaft, über wirtschaftspolitische und unternehmensethische Perspektiven hinaus auch Probleme unserer Region anzusprechen und vor allem anzudeuten, wie wir als Bistum im kommenden Jahr Problemlösung kommunikativ und partizipativ gestalten wollen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Jahr 2012 und danke für Ihre Aufmerksamkeit.